

GR. Kurt Hohensinner

16.03.2005

## **A N F R A G E**

Betr: Zahnsanierungen bei Menschen mit Behinderung und Kleinkindern

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nach vielen Anrufen besorgter Eltern von Menschen mit Behinderung, testete ich Ende Februar die Terminvergabe für Zahnsanierungen mit Vollnarkose auf der Kieferchirurgie des Landeskrankenhauses. Mit riesengroßer Verwunderung musste ich feststellen, dass der nächste Termin erst im März **2006** möglich ist! Ein Arzt der Kieferchirurgie erklärte die lange Wartezeit für Menschen mit Behinderung durch den erschreckenden Anstieg der Zahnsanierungen bei Kleinkindern – die Zahl der Zahnsanierungen bei Kindern hat sich seit 1998 verdreifacht! Kinder werden in der Planung immer vorgezogen, nehmen dann aber oft mit ihren Eltern die Termine nicht wahr und verhindern dadurch Menschen mit Behinderung eine schnelle Behandlung.

Ein Grund für den dramatischen Anstieg der Behandlungen bei Kleinkindern ist das Krankheitsbild „nursing – bottle - syndrom“: Kinder werden mit Trinkflaschen (Inhalt Cola, Fanta...) ins Bett gesteckt, um möglichst ohne größere Schreierei die Nacht durchzuschlafen. Es kommt aber hier zu einem starken, frühzeitigen Kariesbefall der Zähne v. a. im Oberkiefer. Das betroffene Klientel ist oft erschreckend unaufgeklärt und oft auch uneinsichtig – die Familien kommen innerhalb weniger Jahre mehrmals.

Im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf richte ich daher an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

### **A n f r a g e:**

Bist du bereit,

- den Verantwortungsträgern der KAGes den Inhalt der oben angeführten Thematik mitzuteilen, um eine raschere Zahnversorgung für Menschen mit einer Behinderung im LKH sicherzustellen und
- an das Reformteam der „Mutter – Kind – Pass – Kommission“ mit den Forderungen nach fachärztlichen Zahnuntersuchungen für Kleinkinder und Ernährungslehre für Erziehungsberechtigte heranzutreten?

GR. Univ. Prof. DR. Heinz Hammer

17.03.2005

## **A N F R A G E**

Betr.: Zielgruppen der Gesundheitsberatung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Während die Leistungen der kurativen Medizin für alle Menschen zur Verfügung stehen, sind Maßnahmen der Vorsorgemedizin nicht im Leistungsspektrum der Sozialversicherungsträger enthalten.

Experten sehen eine der Ursachen für den Zusammenhang zwischen Armut und schlechter Gesundheit in einer verminderten Inanspruchnahme von Vorsorge. Wer geringes Einkommen und geringe Bildung hat stirbt durchschnittlich früher als diejenigen mit höherem Einkommen. Arme Menschen haben nicht nur eine geringere Lebenserwartung, sie haben im Alter auch weniger von Behinderung freie Jahre in Gesundheit zu erwarten.

Um die Gesundheit der ärmeren Menschen zu fördern müssen finanzielle Hemmschwellen der Inanspruchnahme von Vorsorgeleistungen beseitigt werden. Es ist daher eine wichtige Aufgabe des öffentlichen Gesundheitssystems gezielt gerade die Zielgruppe jener Menschen zu unterstützen, die sich finanzielle Belastungen durch Maßnahmen der Präventivmedizin nicht leisten können.

Für diesen Zweck hat das Gesundheitsamt verschiedene Beratungsstellen eingerichtet. Es ist meines Wissens nach allerdings nicht bekannt, ob mit den Angeboten des Gesundheitsamtes gezielt jene Grazerinnen und Grazer erreicht werden, die es aus wirtschaftlichen Gründen am nötigsten haben von der Öffentlichkeit in ihren Vorsorgebemühungen unterstützt zu werden.

Ich stelle daher an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

### **A n f r a g e ,**

ob Du bereit bist, das Gesundheitsamt mit der Überprüfung zu beauftragen:

1. Wieviele Menschen nutzen jährlich die Beratungs- und Untersuchungsangebote des Gesundheitsamtes?
2. Gelingt es mit den Angeboten des Gesundheitsamtes im besonderen Maße die Zielgruppe der ärmeren Menschen anzusprechen?

GR. Bettina Stein

14.03.2005

## **A N F R A G E**

### **Betr.:**

### **PILOTPROJEKT - MÜTTERHAUS für allein erziehende Frauen und ihre Kinder**

Vollzeiterwerbstätige Frauen verdienen weniger als vollzeiterwerbstätige Männer. Der Einkommensnachteil von Frauen beträgt bei gleicher Berufsausbildung und gleicher Tätigkeit bis zu 27%<sup>1</sup>. Frauen mit Kindern haben neben der Belastung Beruf und Familie zu vereinbaren zusätzlich Einkommensnachteile durch Zeiten der Berufsunterbrechung und Teilzeitarbeit. Dazu kommen finanzielle Nachteile durch verminderte Karriere- und Aufstiegschancen und eine geringere Pensionsvorsorge. Die Armutsgefährdung von Alleinerziehenden beträgt 31%<sup>2</sup>.

*Alleinerzieherinnen und ihre Kinder haben diese Nachteile größtenteils alleine zu tragen und zu bewältigen.*

Nach der Scheidung ist für viele Frauen finanziell ein Neustart nur sehr schwer möglich. Lebenserhaltungs- und Wohnungskosten, Betreuungs- und Ausbildungskosten für die Kinder etc. werden in Summe geradezu unerschwinglich.

In einem „Mütterhaus“ sollen Alleinerzieherinnen die Möglichkeit bekommen, Eigentumswohnungen zu **besonderen Konditionen** im langfristigen „Mietkauf“ zu erwerben. Dabei angespartes Kapital kann von den Frauen bei einem Verkauf der Wohnung jederzeit zurück erhalten werden. Ein „Mütterhaus“ bietet den Frauen auf diese Weise die Basis für einen finanziellen Neustart, dabei erworbenes Kapital dient den Frauen auch zur Absicherung (einerseits als Risikokapital, andererseits als Pensionsvorsorge).

Das „Mütterhaus“ bietet aber auch vielfältige Vernetzungschancen für die Bewohnerinnen im Alltag, wie z.B. Kinderbetreuung. Eine gemeinsame Kinderbetreuung wird angedacht und bei Bedarf geregelt. Den Frauen soll weiters im Rahmen eines Mentoringprogrammes eine Mentorin zur Seite gestellt werden, die sie begleitet und selbstorganisierte Vernetzungsaktivitäten fördert.

---

<sup>1</sup> Austria Statistik: Geschlechtsspezifische Disparitäten. Wien 2002

<sup>2</sup> Austria Statistik: EU-SILC 2003

Ziel des Projektes ist es, Frauen auch als Alleinerzieherinnen die Möglichkeit zu geben, sich wieder ein neues Leben aufzubauen. Für deren Kinder ist damit eine gesicherte Zukunft und befreitere Kindheit möglich und so in weiterer Folge für die nächste Generation vorgebaut.

Es soll ein familiäres Wohnungszentrum in Graz geschaffen werden, das obendrein noch Kostenersparnis für die öffentliche Hand bringt! Ein „Mütterhaus“ mit Eigentumswohnungen bedeutet: **weg von Mietzuschüssen hin zu selbstständiger Finanzierung von Eigentum**. Die Kostenersparnis für die Stadt Graz zeigt sich an dem folgenden Beispiel:

Alleinerzieherin, 35 Jahre 2 Kinder im schulpflichtigen Alter Einkommen 1.100 € netto (Durchschnittseinkommen lt. Austria Statistik)	
<u>Miete:</u> 560 €/Monat (7 €/m <sup>2</sup> ) (Durchschnittspreis lt. Landesimmobiliengesellschaft) Mietzuschuss:     86 €/Monat (lt. RA 15 Land Stmk) = 1.032 €/Jahr = 41.280 € für 40 Jahre (angenommene Lebenserwartung 75 Jahre)	<u>Kauf:</u> Kaufpreis: 1.000.000 € für 1300m <sup>2</sup> = 62.500 € pro Wohnung á 80 m <sup>2</sup> (= 16 Wohnungen) = ca. 347 € pro Monat / Laufzeit 15 Jahre
<b>Förderaufwand für die öffentliche Hand</b>	
<b>bei Miete: 41.280 €</b>	

Dieses Projekt ist im deutschsprachigen Raum einzigartig. Das Projekt soll als Pilotprojekt für Frauen starten und sich langfristig zu einem bundesweiten familienfreundlichen Unterstützungsnetz für allein erziehende Frauen und auch Männer entwickeln, das jede Gemeinde für sich selbst betreiben kann.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

**Anfrage:**

Bist Du bereit, Dich dafür einzusetzen, dass das Projekt „Mütterhaus“ mit Eigentumswohnungen für geschiedene Frauen und ihre Kinder begleitend mit einem Mentoringprogramm gestartet wird.

Denn:

**GERECHTE FAMILIENPOLITIK BEDEUTET, ALLEINERZIEHENDEN FRAUEN MIT KINDERN EINE BASIS FÜR EIN UNABHÄNGIGES LEBEN ZU ERMÖGLICHEN.**

GR. Peter MAYR

17.03.2005

## **A N F R A G E**

Betr: Tarifgestaltung Messeparkplatz Fröhlichgasse

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Messeparkplatz Fröhlichgasse wurde über einen längeren Zeitraum außerhalb der Messezeiten ohne rechtliche Basis von zahlreichen PendlerInnen (mehrere Betriebe und die Monsbergerschule sind in unmittelbarer Nähe) und Graz-BesucherInnen als Gratis-Parkplatz genutzt. Auf Initiative der GPG erklärte sich die Eigentümerin des Areals, die Messe-Graz, bereit den Parkplatz auch außerhalb der Messezeiten offiziell zu bewirtschaften und somit das Parken auf diesem Areal auf eine legale und gesicherte Basis zu stellen (zumindest bis zu einer allfälligen Verbauung des Grundstückes). Die Tarifgestaltung (13€/Woche) scheint allerdings nicht optimal gelungen zu sein, da das Angebot nunmehr kaum genutzt wird.

Ich stelle daher an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion die

### **A n f r a g e ,**

ob Du bereit bist, an die Geschäftsleitung der Messe-Graz das Ersuchen heran zu tragen, das Parkplatzangebot und dessen Tarifgestaltung im Bereich der Messe in Zusammenarbeit mit der GPG zu optimieren, um wieder eine Entlastung des umliegenden Gebietes zu erreichen und ein interessantes Park-Angebot für ArbeitnehmerInnen und BesucherInnen zu schaffen.



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betrifft: Graz-Logos

### **Mündliche Anfrage**

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Frau Gemeinderätin Mag. Susanne Bauer  
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 17. März 2005

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Stadt Graz und einige Tochtergesellschaften verwenden das Logo mit dem Namen der Stadt „Graz“ bzw. planen es zu verwenden. Aus den verschiedenen Aufträgen der verschiedenen Stellen bzw. Gesellschaften resultieren ähnlich erscheinende, aber unterschiedliche Logos mit verschiedenen Farben bzw. Schriftbildern. Dass dies jeweils Kosten verursacht, sei hier am Rande nur angemerkt.

Im Sinne eines einheitlichen Erscheinungsbildes der Stadt und um gegebenenfalls Synergieeffekte wirken zu lassen, stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**mündliche Anfrage,**

ob seitens der Stadt Graz dazu Pläne für ein koordiniertes Vorgehen bestehen?

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 17. März 2005

Gemeinderätin: Klubobfrau Elke Kahr

## **Anfrage an den Bürgermeister**

**Betreff: Entfernung der „Umrahmung“ des Denkmals am Hauptplatz**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Erzherzog-Johann-Denkmal am Hauptplatz wird seit fast einem Jahr durch eine Reihe von Grünpflanzen, die durch Ketten verbunden sind, vor Menschen „geschützt“, die sich dort niederlassen könnten. Das haben Sie als Bürgermeister persönlich angeordnet und die „Hauptplatz-Punks“ als Grund dafür genannt.

In der Grazer Öffentlichkeit und bei BesucherInnen der Landeshauptstadt dominiert aber Verwunderung und Befremden über die seltsame Installation am Hauptplatz. Selbst nach Auffassung von Befürwortern dieses Schrittes ist nach dem Beschluss über das Landessicherheitsgesetz eine Grundlage dafür weggefallen, dass Grazer Topfpflanzen als Denkmalwächter eingesetzt werden.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **Anfrage:**

Wann werden Sie die Absperrung rund um das Denkmal am Hauptplatz entfernen lassen?

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 17. März 2005

Gemeinderätin: Gertrude Schloffer

## Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: Übergangslösung für Puchmuseum

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 11. März 2005 hat im Rathaus der 2. Runde Tisch über die Zukunft des Puchmuseums stattgefunden. Dabei hat sich herausgestellt, dass es – im Zusammenhang mit einer geplanten – Landessonderausstellung 2007 zum Thema Automobilland Steiermark – die Möglichkeit gäbe, das Museum in Form einer Übergangslösung zu erhalten und anschließend als erweitertes Projekt in das Landesmuseum Joanneum zu integrieren. Die Möglichkeit einer Sonderausstellung im Jahre 2007 zwischen Land Steiermark- Magna Steyr- Landesmuseum Joanneum (Stadt Graz) setzt auch voraus, dass die historisch wertvollen Stücke in der derzeitigen Johann Puch Ausstellung erhalten bleiben müssen. Auch die gefährdeten Archivbestände müssen planmäßig archiviert und aufgelistet werden.

Die bisherigen von der Immorent für das LMJ eingeräumten Konditionen waren Mietkosten von Euro 2.500.- pro Monat für 1.600m<sup>2</sup>, zugleich Betriebskosten von Euro 0,43 Cent pro m<sup>2</sup> (ohne Heizkosten, da keine Beeinträchtigung bei niedrigen Temperaturen für die Ausstellungsgegenstände gegeben ist). Der Museumsbetrieb erfolgt in den Wintermonaten eingeschränkt.

Für einen Fortbetrieb der Ausstellung in der bisherigen Form bis einschließlich 2006 würden sich die Kosten auf etwa Euro 52.000.- an Miete und rd. Euro 14.500.- (BK) belaufen (bei der bleibenden Miethöhe von Euro 3,10 pro m<sup>2</sup>).

Der notwendige Beitrag könnte unserer Meinung nach von Stadt Graz, Land Steiermark und der Firma Magna-Steyr gemeinsam aufgebracht werden.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### Anfrage:

Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Realisierung der genannten Übergangslösung für das Johann Puch Museum, um anschließend mit dem Land Steiermark (Joanneum) und dem Bund (Technisches Museum) eine bleibende und größere Museumskonzeption verwirklichen zu können?



# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 17. März 2005

Gemeinderat: Johann Slamanig

## Anfrage an den Bürgermeister

**Betreff: Verkehrsverbund - Tariferhöhung**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die für 1. Juli 2005 angekündigte Erhöhung der Tarife im steirischen Verkehrsverbund ist angesichts der Feinstaubbelastung im Großraum Graz ein denkbar schlechtes Signal für PendlerInnen und Umwelt.

Statt dessen wären ernsthafte Überlegungen über eine Senkung der Fahrgasttarife und über einen Nulltarif beim Verkehrsverbund an Tagen erhöhter Umweltbelastung notwendig. Es ist nicht förderlich, wenn Stadt Graz und GVB einander den „Schwarzen Peter“ zuschieben. Jetzt rächt sich der Verkauf des Energiebereiches der Stadtwerke. Dadurch ist eine Querfinanzierung der Grazer Verkehrsbetriebe aus den Erträgen des Energiebereichs nicht mehr möglich.

Jetzt ist die Stadtpolitik gefordert, um nach wirksamen Steuerungsmitteln bei der Verkehrsentwicklung zu suchen. Eine gesteigerte Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs hängt nämlich nicht zuletzt von einer attraktiven Tarifpolitik ab.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **Anfrage:**

Welche Schritte unternehmen Sie, um die angekündigte Erhöhung der Tarife des Verkehrsverbundes zu unterbinden?

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 17. März 2005

Gemeinderat: Hubert Reiter

## Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: **Ostbahn-Unterführung der Lagergasse - Höhenkontrolle**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Bereich der Ostbahnunterführung Lagergasse beim Möbelhaus Lutz kommt es immer wieder wegen der geringen Durchfahrtshöhe von 3 Metern zu Rammunfällen, in die sogar PKW-Möbeltransporter verwickelt sind. Die angebrachten Verkehrszeichen, die auf die Durchfahrthöhe von 3 Metern hinweisen, werden nicht selten ignoriert.

Bei den Lenkern der Autos, die in diese Unfälle verwickelt sind, handelt es sich nicht vorwiegend um Berufskraftfahrer sondern um Kunden des Möbelhauses, die ihren Einkauf transportieren

Da ihnen anscheinend eine korrekte Einschätzung der Fahrzeughöhe fehlt, wäre es angebracht, vor der Unterführung eine Höhenkontrolle anzubringen wie dies bei Parkhäusern der Fall ist. Hier könnte man mit geringem finanziellen Einsatz eine positive Veränderung der Situation erreichen.

Hinzu kommt, dass in der Vergangenheit sogar Berufskraftfahrer mit Groß-LKWs bei Unfällen erhebliche Schäden an der Eisenbahnbrücke verursacht haben. Nach unseren Informationen sind für eine Verbesserung der Situation die ÖBB zuständig.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

### **Anfrage:**

Sind Sie bereit, sich bei den Österreichischen Bundesbahnen für die Installierung einer Höhenkontrolle bei der Ostbahnunterführung Lagergasse (beim Möbel Lutz) einzusetzen?

**Anfrage an den Bürgermeister der Stadt Graz  
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom  
von GR Hermann Candussi**

*Betrifft: Verkehrserschließung im Bereich Messe – Stadion – Graz-Süd-Ost,  
„Messequadrant“*

Bei der Verkehrserschließung des Messequadranten werden zwar zusätzlich 1.400 Stellplätze auf dem Messegelände geplant und in Summe sollen (- trotz wegfallenden 1.600 Stellplätzen) sogar ca. 500 Stellplätze dazukommen – aus dem entwickelten Konzept ist jedoch nicht zu entnehmen, wo und wodurch diese Stellplätze gewonnen werden sollen.

Bei den Annahmen zur Erstellung des Konzeptes fehlt auch eine Miteinbeziehung anderer wesentlicher Verkehrserreger, die über die identischen Straßen bzw. Kreuzungen erreicht werden müssen, wie z. B. das bestehende Stadion, aber auch künftige neue Verkehrserreger wie der geplante Gewerbe- oder Hotelbereich am Beginn des AB-Zubringers, neue Betriebe westlich der C.-v.-Hötzendorfstraße (auf Bahngrund), etc. wurden nicht beachtet.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

**ANFRAGE:**

- Weshalb wurden die anderen (bestehenden und künftigen) Verkehrserreger in diesem jetzt beurteilten Straßennetz nicht in diese Verkehrsuntersuchungen bzgl. „Messequadrant“ aufgenommen,
- welche Straßen sind für die geplante Verlagerung von „20 % des normalen Werktagsverkehrs auf andere Routen“ vorgesehen;
- in welchen Bereichen sollen künftig bei gleichzeitigen Großveranstaltungen im Stadion die Ersatzparkplätze (nach Wegfall des Messeparkplatzes in der Fröhlichgasse) geschaffen werden,
- wo wird der Ersatz für die wegfallenden Alleebäume in der C.-v.-Hötzen-dorfstraße, Münzgrabenstraße, etc., geschaffen
- und wo werden die Ersatz-Stellflächen für die Bewohner in diesem Bereich geschaffen?

**Anfrage**

Betreff: Veranstaltungsrichtlinien

Graz, 17/03/05

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Um die vom Grazer Gemeinderat beschlossenen Veranstaltungsrichtlinien einer sinnvollen Bewertung unterziehen zu können, ist es notwendig, die Anzahl und Dauer der Veranstaltungen, welche dieser Richtlinie unterliegen, mit der Zahl von Überschreitungen und den daraus resultierenden Strafen vergleichen zu können.

Für die Jahre 2000 bis 2003 liegen mir aufgrund der Beantwortung der GR.-Anfrage Nr. 199/2004 Basisdaten vor, die allerdings ein wenig lückenhaft erscheinen. Insbesondere fehlt die Information, bei wie vielen Veranstaltungen eine Überschreitung der Richtlinien auch Strafen nach sich gezogen haben.

Für das Jahr 2004 liegen mir überhaupt keine Daten vor.

Selbstverständlich sind hier mit Daten nicht Namen von VeranstalterInnen gemeint, sondern statistisches Material, welches eine Gegenüberstellung von Überschreitungstatbeständen und der Anzahl der ausgesprochenen Strafen sinnvoll ermöglicht.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

**Anfrage:**

Sind Sie bereit, mir für die Jahre 2000-2003 anhand des unter der GR.-Anfragebeantwortung Nr. 199/2004 vorliegenden Datenmaterials die Information nachzuliefern, in wie vielen Fällen von Überschreitungen der Veranstaltungsrichtlinien es zu Bestrafungen kam, und sind Sie darüber hinaus bereit, mir auch Daten im Sinne des Motivenberichts für das Jahr 2004 zu liefern?

**Anfrage**

Betreff: Internet/Anfragebeantwortungen

Graz, 17/03/05

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Internetauftritt der Stadt Graz kann man nachlesen, welche Anfragen und Anträge von den einzelnen MandatarInnen eingebracht wurden. Sohin ist das Internet sicherlich ein Weg, um unsere Arbeit hier einem Teil der Grazer Bevölkerung öffentlich zu machen.

Wenn wir damit auch eben nur einen Teil der Bevölkerung erreichen, muss das noch lange nicht bedeuten, dass wir diesem Teil der Bevölkerung wiederum nur einen Teil der möglichen Informationen liefern. Da es offensichtlich technisch möglich ist, Anfragen etc. ins Netz zu stellen, so muss es auch technisch möglich sein, die dazugehörigen Antworten ebenfalls elektronisch zu präsentieren!

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

**Anfrage:**

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass im Internetauftritt der Stadt Graz im Sinne einer guten und ehrlichen, offenen Kommunikation mit unserer Bevölkerung neben den von den GemeinderätInnen erarbeiteten Anfragen und Anträgen auch die jeweiligen Beantwortungen öffentlich gemacht werden?

**Anfrage**

Betreff: Bevölkerungsveränderung 2001-2005

Graz, 17/03/05

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Zuge einer Recherchetätigkeit für Fragen der Stadtplanung habe ich den Versuch unternommen, aktuelle Zahlen über die Bevölkerungsveränderung in den Bezirken Liebenau, Puntigam, Wetzelsdorf, St. Peter und Andritz im Zeitraum seit der Volkszählung 2001 bis heute zu erhalten.

Im Referat für Statistik habe ich folgende Auskunft bekommen: Es ist in Graz im Unterschied zu anderen Städten in Österreich nicht möglich, aktuelle und richtige Zahlen, welche den Bevölkerungsstand bzw. die Bevölkerungsveränderung im genannten Zeitraum beschreiben, zu liefern.

Da diese Zahlen nicht nur für Fragen der Stadtplanung, sondern auch für UnternehmerInnen, insbesondere z. B. für ApothekerInnen und Lebensmittelmärkte, aber auch für Studierende bei der Erstellung von Diplomarbeiten wichtige Primärinformationen darstellen, muss ich darauf drängen, dass Graz sich in dieser Frage dem österreichischen Standart angleicht.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

**Anfrage:**

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass ehestmöglich auch die Stadt Graz aktuelle Zahlen über den tatsächlichen Bevölkerungsstand auf ihrem Gemeindegebiet zur Verfügung hat?